



Stefan Weinert – 27. September 2025

Schulden erlassen!

Ich bin Stefan Weinert von der Rundfunkarbeit des Bistums Trier und in dieser Folge unseres Podcasts geht es um ein Thema, das ist zugegeben nicht ganz einfach, aber verdammt wichtig für das Leben vieler Menschen auf unserer Erde. Es geht um die Schuldenkrise, um die viel zu hohen Auslandsschulden, unter denen manche Entwicklungsländer im Globalen Süden leiden. Und wenn ich sage Länder, dann sind es natürlich die Menschen in diesen Ländern, die unter den Folgen dieser Schuldenkrise leiden. Wir wollen in dieser Folge klären, wie es zu diesen Auslandsschulden kommt, welche Folgen sie haben, wie die Schuldenkrise gelöst werden könnte und wer sich für solche Lösungen stark macht. Und was das alles mit dem Heiligen Jahr zu tun hat, das Papst Franziskus für das Jahr 2025 ausgerufen hatte.

Also zuerst mal: Auslandsschulden, was ist das überhaupt? Das sind Schulden, die Staaten haben bei anderen Staaten; bei privaten Kreditgebern, also Banken in anderen Ländern; oder bei multilateralen, bei internationalen Geldgebern wie dem Internationalen Währungsfonds.

Solche Schulden sind erstmal was ziemlich Normales. Wir nehmen ja auch Kredite auf für ein neues Auto oder wenn wir ein Haus bauen. Ein Unternehmen nimmt Kredite auf, wenn es neue Maschinen braucht. Und auch Deutschland hat Schulden im Ausland, erklärt Klaus Schilder, Fachmann bei MISEREOR, dem katholischen Hilfswerk für gerechte Entwicklung weltweit.

(Klaus Schilder) Deutschland hat sich jetzt zunehmend verschuldet aufgrund von gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten. Wir wollen verschiedene gesellschaftliche Prioritäten finanzieren und viele Länder im globalen Süden haben genau dieses Ziel und die Prioritäten auch; die teilen wir eigentlich. Wir haben 2015 als Staatengemeinschaft ja beschlossen, dass wir uns global für nachhaltige Entwicklung einsetzen und uns globale Nachhaltigkeitsziele, die sogenannten SDGs gegeben. Und diese SDGs brauchen für ihre Umsetzung eben nicht nur politischen Willen, sondern vor allem auch viel Geld; für Investitionen in soziale Grunddienste, in die Infrastruktur, in den Klimaschutz beispielsweise, aber auch in den Schutz der Menschenrechte und für all diese Zwecke nehmen Staaten dann eben Kredite auf.

Aber warum kommen Länder des globalen Südens dann in Probleme mit ihren Auslandsschulden? Weil die Kredite immer teurer werden.

2024 haben wir einen neuen Negativrekord verzeichnet. Staaten im globalen Süden mussten im vergangenen Jahr so viel wie noch nie für ihren Schuldendienst aufbringen. Also die Bedienung der Altschulden, die kostet Geld und die Umschuldung, die in regelmäßigen Abständen ansteht, das wissen wir, wenn wir einen Immobilienkredit aufgenommen haben, die verteuert sich eben auch und die Kosten für die Kreditaufnahme sind für Länder des globalen Südens aus unterschiedlichen Gründen eben drei- bis viermal höher als beispielsweise für Deutschland oder andere industrialisierte Staaten im globalen Norden.

Und warum sind die Kosten für die Auslandskredite so hoch? Nach vielen Jahren günstiger Kredite haben die Notenbanken in jüngerer Zeit die Leitzinsen angehoben, dadurch werden Kredite teurer. Das gilt für Immobilienkredite in Deutschland

genauso wie für Kredite, die Staaten aufgenommen haben. Und für die Länder des globalen Südens sind Kredite dann noch mal besonders teuer, erklärt Klaus Schilder.

Im Schnitt zahlen afrikanische Länder 9,8 % Zinsen. In Deutschland, wenn der Staat Kredite aufnimmt, aufgrund seines guten Ratings, seiner guten Bonität 0,8. Die USA stehen da schon ein bisschen schlechter da, die sind bei 2,4. Die Bonität vieler Länder im globalen Süden auf den Kapitalmärkten ist eben schlechter, weil die Risikoaufschläge größer sind, weil man annimmt, dass das Risiko, dass die Länder in den Zahlungsausfall geraten, Schulden nicht oder nur teilweise bedienen können, eben als höher eingeschätzt wird und das auf Grundlage der Einschätzung der Kreditwürdigkeit von großen internationalen Kredit-Ratingagenturen wie Moody's und Fitch und so weiter.

Das ist der wichtigste Grund, warum die Auslandsschulden für Länder des Südens immer drückender werden. Weitere kommen dazu: Die Preise für Bodenschätze und landwirtschaftliche Produkte, also für die Exportprodukte von Entwicklungsländern, diese Preise sind schwankend; und vor allem viele afrikanische Länder haben niedrige Steuersätze. Niedrige Einnahmen, hohe Ausgaben für Schulden - letztlich ist entscheidend, wie das Verhältnis ist zwischen den Kosten für die Kredite und der Wirtschaftskraft des Landes. Was bleibt übrig für andere Ausgaben?

In vielen Ländern des globalen Südens fließt mehr Geld in den Schuldendienst als beispielsweise in die Finanzierung von Bildungs- und Gesundheitsmaßnahmen. Der Staat hat dann eben kein Geld mehr, ausreichend die Krankenhäuser zu finanzieren, dafür zu sorgen, dass genügend Personal da ist, dass die medizinische Ausstattung beschafft werden kann. Und im Bildungsbereich genau das Gleiche: Gehälter für Lehrer müssen gezahlt werden, es müssen Schulbücher, andere Materialien beschafft werden und dafür fehlt eben in vielen Ländern das Geld. Dann ist es natürlich auch immer 'ne Frage bei knappen Kassen, wo priorisiert die Regierung und wo wird besonders gespart.

Und weil es bei den Krediten und beim Sparen letztlich um das Leben der Menschen geht, ist es wichtig, dass die auch mitbestimmen können, welche Kredite aufgenommen werden für was. dass es also demokratische Kontrolle gibt.

Das heißt, dass in demokratischen Regierungen das Parlament die volle Entscheidung hat, der Souverän ist und eben über Kreditaufnahmen und damit auch über die Mittelverwendung entscheidet. Und das könnte man noch ergänzen, dass eben auch die Bevölkerung, verschiedene Stakeholder Gruppen gehört werden bei der Frage, wofür soll das Geld nun verwendet werden?

Und das ist eben nicht in allen Ländern selbstverständlich; vor allem, wenn der Staat bei privaten Gläubigern Kredite aufnimmt.

Das muss nicht notwendigerweise zu Korruption führen, das kann aber natürlich korruptionsfördernd sein und es gibt eben leider ganze Reihe von Beispielen, wo dann Kredite eben nicht im Interesse des Gemeinwohls verwendet wurden.

24 Staaten gelten als sehr kritisch verschuldet. Oft versuchen die Regierungen dann dennoch die Kredite zu bedienen. Denn wenn sie das nicht tun, wird ihre Bonität herabgestuft und damit werden Kredite noch teurer. Aber Geld, das für Zinsen und Kredittilgung ausgegeben wird, das fehlt woanders.

Die einzige Antwort, die dann noch bleibt, ist massive Einsparungen der Sozialausgaben und darunter leiden natürlich diejenigen Bevölkerungsteile, die eh schon am Rande stehen, besonders arme Bevölkerungsgruppen, vielleicht auch Indigene, also all diejenigen, die nicht zur Mittelschicht gehören, besonders stark und das ist natürlich für uns besorgniserregend. Übrigens, diese Staaten sind da ja auch nicht ganz frei zu entscheiden, wo sie sparen. Nach wie vor muss man eben auch dem Internationalen Währungsfonds beispielsweise vorhalten, dass diese sogenannte Austeritätspolitik, also Sparmaßnahmen, um die Haushaltslage zu konsolidieren, immer noch im Rezeptbuch des IWFs stehen. Also auch da entsteht einfach ein Druck, bei vielen Sozialausgaben zu sparen, und das ist natürlich hochgradig problematisch.

Nun ist das alles kein Schicksal, wenn sich alle an einen Tisch setzen und guten Willen zeigen, kann man Länder von ihren Schulden entlasten. Da gab es zum Beispiel Anfang der 2000er Jahre die HIPPIC-Initiative, erläutert Misereor-Experte Klaus Schilder:

Eine sehr erfolgreiche Entschuldungsinitiative, die auch durch Druck aus der Zivilgesellschaft entstanden ist. Und damals ging es eben darum, für hochverschuldete arme Länder einen Großteil ihrer öffentlichen, ihrer bilateralen öffentlichen Schulden zu erlassen. Und „erfolgreich“ sage ich deshalb, weil es damals vor 25 Jahren eben relativ einfach war. Es gab eine relativ homogene Gläubigerlandschaft, vor allem eben Geberstaaten im globalen Norden hielten diese Ansprüche und konnten dementsprechend auch relativ leicht koordiniert Ansprüche erlassen. Dazu kam, dass es dann eben auch einen Begleitprozess gab, der dafür gesorgt hat, dass die Mittel, die dann frei wurden in den Staatshaushalten, auch für Zwecke der sozialen Entwicklung in den Ländern eingesetzt worden. Die Situation ist heutzutage eben grundlegend anders und komplexer, weil wir es mit so einer Vielzahl von Gläubigern zu tun haben und das macht es eben so schwer jetzt, zu ähnlich weitreichenden Schuldenerlassen zu kommen, selbst wenn ein Großteil der Gläubiger dazu bereit wäre.

Also - es ist schwierig, aber HIPPIC hat gezeigt, dass Lösungen möglich sind, wenn man will.

Wenn man sich für politische Lösungen einsetzt, dann müssen die so gestaltet sein, dass die verschuldeten Länder ein Mitspracherecht haben, also die Frage demokratischer Mitentscheidungsrechte darüber, was sind denn verantwortliche Lösungswege aus der Schuldenkrise. Die ist aus unserer Sicht ganz zentral und wir müssen eigentlich aus diesem Club der reichen Staaten, die von den Gläubigerinteressen dominiert werden, die Entscheidungen über Lösungswege aus der Schuldenkrise hin zu den Vereinten Nationen verschieben. Wir brauchen einen Rechtsrahmen bei den Vereinten Nationen, um über diese verschiedenen Lösungswege dann technisch zu verhandeln und die Idee ist eine UN-Schuldenrahmenkonvention.

Damit wäre dann schon mal einen Rahmen geschaffen. Was braucht man noch für faire, nachhaltige und menschliche Lösungen? Einen Überblick, wie hoch und bei wem einzelne Länder wirklich verschuldet sind.

Wir sprechen dann gegenüber der Politik von einem Schuldenregister, einem Transparenzregister, das alle Formen der Verbindlichkeit erfasst. Das wäre die Grundlage, um dann überhaupt im Kreis der betroffenen Gläubiger dann die Frage zu klären, wie umfassend müssen Schuldenerlasse denn sein, um dem Land eine wirtschaftliche Erholung zu ermöglichen. Weil, wir haben es eben auch aufgrund der fehlenden Transparenz oft damit zu tun, aber auch aufgrund der unterschiedlichen Gläubigerinteressen, dass Schuldenerlasse, Teilerlasse, Restrukturierungen einerseits zu spät erfolgen, andererseits viel zu gering vom Umfang sind. Wenn man sozusagen eine solide Datenbasis hätte, wie groß ist das Problem eigentlich? Dann könnte man sich sehr viel ernsthafter auch mit den Lösungen beschäftigen.

Und wie könnte eine Lösung dann aussehen, um hoch verschuldete Länder aus der Schuldenfalle zu befreien? Es braucht ein Insolvenzverfahren für Staaten, sagt Klaus Schilder von Misereor. So wie es in Deutschland seit Jahren die Privatinsolvenz gibt, wenn Menschen überschuldet sind, wird gemeinsam mit den Gläubigern ein Verfahren beschlossen, wie die Person wieder auf die Beine kommt. Dazu gehört, dass die Gläubiger auf einen Teil der Schulden verzichten, aber eben nur auf einen Teil. Und so ein Verfahren muss eben auch für Staaten geschaffen werden.

Das ist letztlich der Grundstein dafür, dass man im Gläubigerkreis unabhängig und öffentlich kontrolliert über die Notwendigkeit von Schuldenrestrukturierung, Schuldenerlassen sprechen kann. Immer mit der klaren Zielvorgabe, Staaten wieder in die Zahlungsfähigkeit zurückzuführen. Und ein solches Verfahren, das hatte übrigens die letzte Bundesregierung auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass sie sich international für Schritte zu einem solchen Staateninsolvenzverfahren einsetzen wollen würden. Dann ist das so ein bisschen die Interpretation der politischen Entscheidung, die die Bundesregierung dann getroffen hat, ob sie jetzt diesem Anspruch gerecht geworden sind oder nicht. Wir meinen nein, aber über so ein Verfahren kann man eben auch nur im Kreise aller Staaten verhandeln, also das wäre ein erster Arbeitsauftrag

für so eine UN-Konvention, für so eine Rahmenkonvention, so ein Verfahren zu erarbeiten.

Und wenn auf diese Weise Schuldensituationen aufgelöst werden könnten, dann müsste noch verhindert werden, dass Staaten neu in eine Überschuldung geraten. Deshalb müssten Regeln aufgestellt werden für eine vernünftige Kreditvergabe.

Die es eben ermöglichen, dass Kredite dann für produktive Investitionen genutzt werden, ob im Infrastrukturbereich oder in anderen Bereichen; dass diese Kredite nicht dazu führen, dass man sogenannte weiße Elefanten finanziert, also Prestigeprojekte, die irgendwo entstehen, ohne dass sie jetzt langfristige Entwicklungsimpulse in den Ländern setzen und dadurch eben Einkommen generieren und die Lebensbedingungen für einen Großteil der Bevölkerung verbessern. Dazu gehört dann ein Diskussionsprozess in den Ländern, die Kredite aufnehmen darüber, wofür man diese Kreditaufnahmen verwenden will.

Es ist ganz klar, da müssen ganz viele sehr dicke Bretter gebohrt werden. Wer ist überhaupt bereit, den Bohrer anzusetzen? Haben alle diese Ideen und Forderungen, die aus der Zivilgesellschaft kommen, haben die überhaupt irgendeine Chance? Klaus Schilder bleibt optimistisch, denn er weiß ...

... dass es in vielen Ländern des globalen Südens, gerade in afrikanischen Staaten, politisch ganz oben auf der Prioritätenliste steht und viel mehr, glaube ich, als wir das hier im Westen, im sogenannten Westen wahrnehmen. Afrikanische Staaten haben da einen anderen Blick und sie schauen einerseits darauf, wie können wir diese Geißel der Staatsverschuldung zurückfahren und sie schauen darauf, wie können wir internationale Entscheidungsprozesse innerhalb der globalen Finanzarchitektur soweit demokratisieren, dass wir mehr Mitsprache gewinnen, also auch beispielsweise über die Kreditvergabe. Da gibt es kleine Erfolge ja durchaus, aber das ist natürlich alles noch nicht ausreichend.

Dass aus kleinen Erfolgen große werden, darum bemühen sich Verbände und Organisationen wie Misereor.

Im Oktober 2024 Hat sich ein Kreis katholischer Organisationen in Rom getroffen auf Einladung von Caritas Internationalis, um darüber zu beraten, wie katholische Akteure zusammen dann mit weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren, mit den globalen Entschuldungskampagnen, die es in jedem Kontinent gibt, 2025 nutzen kann, um eine neue Kampagne für die Überwindung der Staatsschuldenkrise zu lancieren.

Warum gerade 2025? Weil Papst Franziskus das Jahr 2025 zu einem Heiligen Jahr erklärt hatte. Die biblischen Wurzeln für die Heiligen Jahre liegen im Alten Testament, dem Buch Levitikus. Dort wird angeordnet, dass Israel alle 50 Jahre ein Jubeljahr begehen soll, auch Erlassjahr genannt. In diesem Jubeljahr werden alle Schulden erlassen und Schuldknechtschaft wird aufgehoben. Dieses Jubeljahr des Alten Testaments war vor mehreren hundert Jahren das Vorbild für die Heiligen Jahre der katholischen Kirche, allerdings in einem spirituellen Verständnis, Erlass von Sündenschuld. Erstmals zum Heiligen Jahr 2000 ist eine internationale Kampagne entstanden, die an diese biblischen Wurzeln erinnert und sie auf die Schuldenkrise der Länder des globalen Südens bezogen hat. Sie hat einen materiellen Schuldenerlass für diese Länder gefordert, wie er ja auch im biblischen Jubeljahr galt. Auch MISEREOR hat sich an dieser Kampagne vor 25 Jahren beteiligt. Einige Jahre später kam es dann zum eben erwähnten Schuldenerlass der HIPPIC-Initiative. Seitdem gibt es in Deutschland das Bündnis erlassjahr.de und parallel zum Heiligen Jahr 2025 wurde eben, wie von Klaus Schilder beschrieben, wieder eine internationale Erlassjahr-Kampagne gestartet.

Diese Kampagne findet mittlerweile, glaube ich, in 120 Staaten weltweit statt, sehr unterschiedlich. In Deutschland trägt der deutsche Ableger den Titel erlassjahr2025.de; von über 60 Organisationen und Initiativen getragen; also weit über den katholischen, über den kirchlichen Rahmen hinaus. Viele Entwicklungsorganisationen, Umweltschutzorganisationen, Klimaorganisation haben sich angeschlossen und das Ziel ist, mit einer Petition, die wir formuliert haben, Unterschriften weltweit zu sammeln für drei Kernforderungen, die Politik dazu zu bewegen, das Problem wirklich ernst zu nehmen; zu priorisieren, die Schuldenkrise zu beenden, Ursachen von Schuldenkrisen zu thematisieren und die strukturellen Rahmenbedingungen so zu

verändern, dass eben zukünftige Krisen unwahrscheinlicher werden und im Einzelfall nachhaltige und faire Lösungen für die betroffenen Staaten schaffen. Und die Kampagne läuft noch bis zum 6. Januar 2026, wir sammeln Unterschriften in Deutschland, da ist sehr viel Bewegung, sehr viel gesellschaftspolitischer Druck dahinter, die Hoffnung ist, dass die Politik auch entsprechend reagiert.

Den Link zur Kampagne Erlassjahr 2025 und andere Infos haben wir in die Shownotes dieser Folge gestellt.